

Die Energiekrise wird nicht gelöst – und globale Temperaturen gehen weltweit zurück. Von Fritz Vahrenholt

written by AR Göhring | 8. Februar 2023

von Fritz Vahrenholt

Seit Oktober 2022 gehen die globalen Temperaturen kontinuierlich zurück, und zwar sowohl auf der Nord-, wie auch auf der Südhalbkugel. Australien erfährt gerade den kältesten Sommer seit 140 Jahren. Von dieser globalen Abkühlung haben unsere Medien noch nichts mitbekommen. Aber über das warme Januarwetter hierzulande wird ausgiebig berichtet.

Im Januar ist die Abweichung der globalen Temperatur vom 30jährigen Mittel der satellitengestützten Messungen der *University of Alabama* (UAH) erneut gesunken, und zwar auf -0,04 Grad Celsius. (siehe Grafik oben). Zwar gibt es bis 2015 eine langjährige Temperatursteigerung. Aber sie beträgt im Durchschnitt pro Jahrzehnt seit 1979 lediglich 0,13 Grad Celsius.

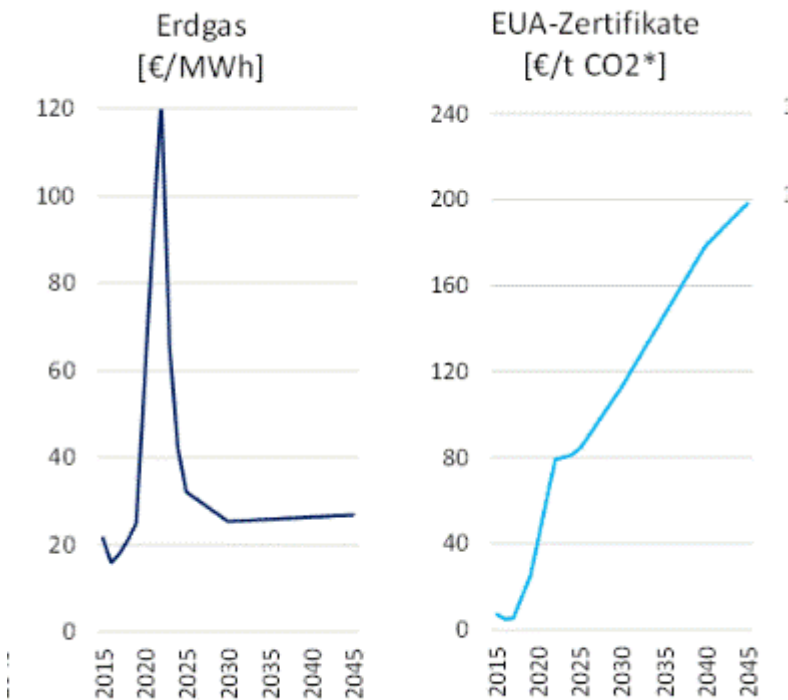
Windige Pläne zur Stromversorgung

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in einem Interview mit der *Welt am Sonntag* einen bundesweiten Plan zum Ausbau der Windkraft angekündigt.

„Bis 2030 werden das an Land im Schnitt vier bis fünf Windräder jeden Tag sein“, sagte Scholz.

Er führte weiter aus, dass die Energiekrise durch den Ukrainekrieg hervorgerufen sei. Diese Aussage überrascht, denn die Strompreise (Deutschland hat die höchsten der Welt nach Dänemark) und die Gaspreise waren schon **davor** massiv nach oben gegangen.. Es müsse ein Deutschland-Tempo zum Ausbau von Wind- und Solarenergie her, damit wir weniger Gas, Kohle und Erdöl importieren., sagt der Kanzler weiter. Wenn er die Ampel-Koalitionsvereinbarung noch einmal liest, wird er feststellen, dass bereits im Dezember 2021 ein massiver Gaskraftwerksausbau angekündigt wurde, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien überhaupt zu ermöglichen. Denn mittlerweile hat sich auch bis Berlin herumgesprochen, dass Deutschlands Stromversorgung bei Dunkelflauten, die durchaus einige Wochen andauern können, ohne Backup-Kraftwerke zusammenbrechen würde. Der in der letzten Woche verabschiedete Bericht der Bundesnetzagentur zur „Versorgungssicherheit Strom“ zeigt, wie überholungsbedürftig die Reden des Kanzlers in Sachen Verringerung der Importabhängigkeit von Erdgas bei stärkerem Windkraftausbau sind. Die Bundesnetzagentur hält es für erforderlich, daß 20 000 Megawatt Gaskraftwerke zusätzlich neu gebaut werden sollen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das sind etwa 40- 50 neue Gaskraftwerke. Es stellen sich die Fragen : Woher

kommt das Gas, zu welchen Preisen wird es geliefert und wie werden die Gaskraftwerke die Strompreise beeinflussen ? Wie windig die gesamte Stromplanung bis 2030 ist, zeigt die folgende Grafik der Bundesnetzagentur, die Annahmen über die CO₂ -Preise und die Gaspreise der nächsten Jahren abbilden. (Quelle : Bundesnetzagentur)



https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/V/versorgungssicherheitsbericht-strom.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Die Bundesnetzagentur im Fantasieland

Dass sich nach Annahmen der Bundesnetzagentur der Gaspreis in den nächsten Jahren wieder auf die etwa 2,5 €/ct/kwh, wie in den Jahren bis 2020, zurückentwickelt, ist fahrlässige Spekulation. Und dass die Bundesnetzagentur annimmt, dass langfristig der CO₂-Preis auf 200 € pro Tonne CO₂ hochgeschraubt wird, bedeutet nichts Gutes für die Strompreise. Ein Gaskraftwerk emittiert 0,42 Kilogramm CO₂ pro kwh. Ein Preis von 200 € pro Tonne CO₂ läßt den Gasstrompreis um 8,4 €/ct/kwh anschwellen. Selbst wenn es zu einem Rückgang der Gaspreise auf 2,5 €/ct/kwh käme, entstünde dann ein Strompreis von über 13 €/ct/kwh bei einem Wirkungsgrad des Gaskraftwerkes von 50 %.

Nun kann man einwenden, dass ja der übergroße Anteil, nämlich 80% des Stromanteils durch Solar und Wind erzeugt wird.

Allerdings steigen seit 2021 auch die Kosten für Solar und Windkraftanlagen wieder deutlich an. Grund hierfür sind die rasant steigenden Material- und Kapitalkosten. *Nordex* hat die Preise um bis zu 20 %, *Enercon* um bis zu 40 % angehoben. Ein Beispiel: In einer großen

Windkraftanlage stecken etwa 30 Tonnen Kupfer. Kupfer kostet mittlerweile 9.000 US-Dollar pro Tonne. Um die Ausbauziele nicht zu gefährden, ließ der Bundeswirtschaftsminister kurz vor Weihnachten 2022 die Einspeisevergütung für *Onshore*-Windkraftwerke von 5,88 auf 7,35 €ct/kWh anheben. Für Schwachwindstandorte wurde die Einspeiseregulierung auf über 8,5 €ct/kWh angehoben. Diese um 25 % höhere Einspeisevergütung wird für neue Anlagen auf

20 Jahre festgeschrieben. Die Windenergie wird damit seit über 20 Jahren erstmals wieder teurer. Das gleiche gilt für die Solarenergie. Zur Erzeugung von einer Tonne Silizium benötigt man 15 000 kWh Strom – das ist der Grund dafür, daß das Siliziumwerk in Pocking (Bayern) stillsteht. So erhöhte die Bundesregierung die Einspeisevergütung kurz vor Weihnachten von 6,33 €ct/kWh auf 8,2 €ct/kWh.

Mit diesen Strompreisen für Gas, Wind und Solarenergie entfernt sich die Bundesregierung von dem Ziel des Bundeskanzlers, der im Wahlkampf einen Strompreis von 4 €ct/kWh für die deutsche Industrie gefordert hat. Der Strompreis unserer Hauptkonkurrenten USA und China liegt bei 3-4 €ct/kWh. Der französische Industriestrompreis auf Basis Kernenergie liegt bei 4 €ct/kWh.

Die Bundesnetzagentur kommt in ihrem Bericht nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass die Stromversorgung in den nächsten Jahren nur gesichert ist, wenn steigende Importe aus Frankreich, Tschechien und Polen stattfinden und wenn „Lastmanagementpotentiale zur Lastreduktion in Knappheitssituationen„erfolgen. Die vernebelnde Sprache bedeutet auf Deutsch, dass die Versorgungssicherheit nur gewährleistet werden kann, wenn industrielle und private Verbraucher jederzeit abgeschaltet werden können. Das ist eine beeindruckende neue Definition von Versorgungssicherheit.

Das liegt auf der Linie des von der Bundesnetzagentur vorgeschlagenen Drosselung von E-Auto-Ladestationen und Wärmepumpenanschlüssen. Wie berichtet wurde, sollte in Mangelsituationen lediglich eine Reichweite von 50 km durch die Ladestation ermöglicht werden. Die Energiewende zeigt die Symptome des Scheiterns bereits bei 900 000 E-Autos und 1 Million Wärmepumpen, also bei 2% Zielerfüllung.

Windausbau ohne Umweltverträglichkeitsprüfung

Am 30.1.2023 hat die Bundesregierung beschlossen, dass die Umwelt- und Artenschutzprüfungen für Windkraftanlagen entfallen, wenn für das ausgewiesene Gebiet bereits eine „strategische Umweltprüfung“ vorgenommen wurde. Eine strategische Umweltprüfung ist eine allgemeine Prüfung auf der Ebene der Raumordnung oder der Bundesplanung wie der Verkehrswegeplanung. Wenn beim Bundesverkehrswegeplan eine strategische Umweltprüfung stattgefunden hat, käme niemand auf die Idee, die Genehmigung eines einzelnen Autobahnabschnittes ohne Umweltverträglichkeitsprüfung vorzunehmen. Bei der Windkraft wird es nun so gehandhabt. Im Juli letzten Jahres wurde ins das Erneuerbare Energiesgesetz eingefügt, daß der Windkraftausbau dem überragenden öffentlichen Interesse dient. Nun wird für 18 Monaten auf die Prüfung eines Windparks nach UVP, Vogelschutzrichtlinie, Artenschutz- und FFH-Verordnung verzichtet. Der Bau der A20 in Schleswig-Holstein wurde seit

nun zehn Jahren wegen möglicher Beeinträchtigungen von Fledermäusen nicht gebaut. Bei Windkraftanlagen wissen wir, dass daran durchschnittlich zehn Fledermäuse pro Jahr und Anlage verenden – 240 000 Stück im Jahr.

Deutschland wird flächendeckend aussehen wie die Landschaft um das Dorf Struth zwischen Mühlhausen in Thüringen und Wanfried in Hessen. Das Foto ist keine Fotomontage. Es ist die heutige Realität eines Dorfes, das den Wahnsinn des zukünftigen Windparks Deutschlands beschreibt.

Werden die negativen Wirkungen auf Fledermäuse, Greifvögel und Insekten immer deutlicher, so wird der Effekt einer mit der Ausbreitung der Windenergie verbundenen lokalen Erwärmung bislang noch nicht breit diskutiert. Windparks führen zu erheblicher Erwärmung in ihrem Einwirkungsgebiet. Zwei *Harvard*-Wissenschaftler, Lee Miller und David Keith, kamen in einer großangelegten Studie über amerikanische Windparks zum Ergebnis, dass Windfarmen die lokalen Temperaturen um 0,54 Grad Celsius erhöhen.

Aber welche Effekte der Austrocknung der Böden mit dem Ausbau der Windenergie bewirkt werden, ist weder in Politik noch Forschung ein Thema.

Strategische Umweltprüfung : Fehlanzeige!

Ich zitiere aus meinem neuen Buch „Die große Energiekrise“:

„Ein Windkraftwerk entnimmt immerhin die Hälfte der Energie des Windes und verwandelt diese in Strom. Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Geochemie in Jena haben berechnet, dass der geplante Ausbau der Windenergie die zu erwartende Windleistung der Anlagen um 8 bis 10 % reduzieren wird. Die Offshore-Planung, die den relativ kleinen Raum der deutschen Nordsee, der von Schifffahrtswegen, Sandabbau, Naturschutzgebieten und militärischen Übungsgebieten übrig geblieben ist, bis zum letzten Quadratkilometer mit 10 000 großen Anlagen vollstopft, führt zu einem erheblichen Ertragsverlust. Sage und schreibe 40 % weniger Ertrag kommen bei der Planung der Bundesregierung am Ende heraus. Die Windparks werden zum Opfer einer atmosphärischen Windberuhigung, die sie selbst erzeugt haben. An Land ist die alte Windstärke erst nach vier bis fünf Kilometern wieder hergestellt, offshore kann sich das bis zu 70 Kilometer weit auswirken. Es stellt sich durchaus die Frage, ob die mit einem großflächigen Ausbau der Windenergie verbundene Energieentnahme meteorologische Folgen hat. Verändern sich die Regenereignisse durch Verringerung der regionalen Windgeschwindigkeiten? Systematisch ist das noch nicht untersucht worden. Warum nicht?“

Es besteht kein Zweifel, daß Erneuerbare Energien ein wichtiger Teil des zukünftigen Energiemixes sind. Aber bis 2045 die gesamte Energieversorgung im wesentlichen auf Wind und Sonne umzustellen, wird die Wettbewerbsfähigkeit, die Versorgungssicherheit und den Naturhaushalt Deutschlands massiv beschädigen.

Die große Energiekrise

Am 17. Februar erscheint das Buch „Die große Energiekrise – und wie wir sie bewältigen können“. Es kann bei Tichys Einblick oder Amazon vorbestellt werden. Das Buch hat 207 Seiten und kostet 22 €. Das Buch erscheint im LangenMüller Verlag.